

Die Tschechoslowakei : eine Warnung

Autor(en): **Bohemicus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Tschechoslowakei — eine Warnung

London, im November 1948.

Der interessante und mit Zahlenangaben reich belegte Artikel von Karl Heinrich Weber «Die Tschechoslowakei im Sommer 1948» («Rote Revue», Oktober 1948) regt wohl jeden Sozialisten zum Nachdenken an, fordert aber auch zur Kritik durch jene Sozialisten heraus, deren größere Vertrautheit mit der Materie sie zwar den Ernst und die Seriosität, mit der Weber an seine Aufgabe herangegangen ist, anerkennen läßt, aber nicht umhin kann, festzustellen, daß seine Beobachtungen an der Oberfläche haften geblieben sind und den Kern der Sache überhaupt nicht erfassen. Es geht uns hier nicht darum, eine Polemik vom Zaun zu brechen, sondern die Weberschen Angaben entsprechend zu ergänzen, damit sie zu einer Grundlage werden können, die eine Meinungsbildung ermöglicht, die Bildung einer Meinung zu den wichtigsten Problemen der heutigen sozialistischen Theorie und Taktik. Denn die tschechoslowakischen Erfahrungen rühren an Dinge, die weit über die Grenzen dieses mitteleuropäischen Staates hinaus umstritten sind und dringend der Klärung bedürfen. Vielleicht dienen wir dem Erfordernis der Klärung am besten, wenn wir unsere Betrachtungen dort beginnen, wo sie K. H. Weber abgeschlossen hat.

Die Sozialdemokratische Partei

Man muß Weber zustimmen, wenn er sagt, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie im Februar 1948 vor keiner leichten Situation stand und daß es vorzeitig wäre, schon jetzt ein abschließendes Urteil über ihre Haltung zu fällen. Wir wollen noch hinzufügen, daß das Recht zu urteilen und zu verurteilen denen vorbehalten bleiben muß, die unter der gleichen Drohung standen, der andere erlagen, aber selbst festgeblieben sind. Viele außerdeutsche Sozialisten, die sich 1933 nicht genug daran tun konnten, über die angebliche Feigheit der deutschen Sozialdemokraten im Angesicht des Naziterrors zu Gericht zu sitzen, mögen heute ihr Gewissen erforschen, ob sie der nazistischen oder einer anderen totalitären Drohung mit dem Mut entgegengetreten wären (oder sind), den Otto Wels bewiesen hat, als er im Reichstag eine Oppositionsrede gegen Hitler hielt und ihn in Weißglut versetzte. Es kann also auch nicht darum gehen, die tschechischen Genossen schuldig zu sprechen oder sie von jeder Schuld freizusprechen, aber es ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig, die Tatsachen, die ihre Haltung bestimmt haben, richtig darzustellen. Es handelt sich da nicht einmal so sehr um die Herausarbeitung der historischen Wahrheit — wiewohl auch das nicht unwichtig ist —, als um die richtige Orientierung der sozialistischen Bruderparteien, die sie instandsetzen soll, die richtigen Schlüsse für den eigenen Bereich zu ziehen. Weber spricht einige Male von einem Entscheid «der Sozialdemokraten» im Februar 1948, und es muß da gleich gesagt werden, daß es einen kollektiven, demokratisch zustandegekommenen Entscheid «der Sozialdemokraten» nie gegeben hat. Hätte es ihn geben dürfen, hätte er anders ausgesehen als das, was Weber als sozialdemokratischer Entscheid erscheint. Wir müssen da etwas weiter ausholen.

Die als legale Partei nach München untergegangene tschechoslowakische Sozialdemokratie wurde 1945 in Kaschau wieder ins Leben gerufen — von dem Botschafter in Moskau, Zdenek Fierlinger, der niemals zuvor der Parteiführung angehört hatte. Er war zwar Mitglied der Partei gewesen, hatte aber in der Partei niemals irgendeinen Einfluß; seine

Sympathien für die Kommunisten waren bekannt und wurden als harmlose Liebhaberei belächelt. Sie wurden gefährlich in dem Moment, als Fierlinger sich zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei machte und die im Lande verwurzelten Parteifunktionäre (Fierlinger lebte fast immer als Diplomat im Ausland und war außer einigen Intellektuellen im Lande kaum jemandem ein Begriff) nichts anderes als gute Miene zum bösen Spiel machen konnten, denn eine nicht von Fierlinger geführte Sozialdemokratie hätte sich unter den damaligen, durch die russische Besetzung gekennzeichneten Verhältnisse überhaupt nicht halten können. Darum zog man eine im Schlepptau der Kommunisten segelnde und von ihnen zur numerischen Verstärkung ihrer Positionen mißbrauchte Sozialdemokratie der Abwesenheit einer sozialdemokratischen Partei vor. Da die kommunistische Politik die Existenz einer sozialdemokratischen Partei damals benötigte (so wie sie heute das entgegengesetzte Bedürfnis hat), stand die Wahl für die Funktionäre nur so, ob sie Fierlinger die Partei ganz überlassen oder ob sie versuchen sollten, durch hingebungsvolle Mitarbeit die Partei wieder in sozialdemokratische Bahnen zu bringen. Das war zum großen Teil im November 1947 gelungen: der Brünner Parteitag versagte Fierlinger mit seiner Politik der vollen Unterordnung unter die Wünsche und Befehle der Kommunisten die Gefolgschaft, die Massen der Parteimitglieder befanden sich damals fast in offener Revolte gegen die Führung, und der Parteitag wählte in demokratischer Abstimmung Bohumil Lauschman zum Parteivorsitzenden. Mit Lauschmans Namen war die Nationalisierung der Industrie verbunden, er war ein populärer Mann, und er hatte sich nach einigem Schwanken für eine entschiedene sozialistische Politik — das, was man einst mit der heute irreführenden Bezeichnung «links» belegte —, aber für die absolute politische und organisatorische Selbständigkeit gegenüber den Kommunisten entschieden. Diese Haltung entsprach dem Wunsche der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Das bestimmte auch ursprünglich die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung im Februar: Lauschman und der sehr populäre Ernährungsminister Vaclav Majer und mit ihnen fast die ganze Partei wollten dem kommunistischen Putschversuch trotzen. Daraufhin besetzte Fierlinger mit Brachialgewalt, die ihm die Kommunisten zur Verfügung gestellt hatten, das Parteisekretariat; Lauschman unterwarf sich, ohne sich damit Demütigungen zu ersparen, Majer und einigen anderen gelang es bald darauf, aus dem Lande zu entkommen, in dem sie sonst Insassen von Konzentrationslagern geworden wären.

Alle die krampfhaften Erklärungsversuche K. H. Webers für den angeblichen Entscheid der Sozialdemokraten finden in den Tatsachen keine Stütze. Sicher gab und gibt es in der Tschechoslowakei ein rechtsstehendes Bürgertum und Reaktionäre in der Landwirtschaft. Sicher gibt es im Lande Menschen, die den Entzug ihrer Dividenden mehr beklagen als den Entzug aller demokratischen Freiheiten. Aber deswegen, weil wir Sozialisten sind, brauchen wir nicht auf jedes Geschrei über «kapitalistische Reaktion» hereinzufallen und dürfen es schon gar nicht dort, wo es sich in ganz klarer Weise um ein «Haltet den Dieb!»-Geschrei handelt. Es würde zu weit führen, das hier im einzelnen nachzuweisen, aber irgendeine Gefahr der «Verwässerung oder des Abbaus der bisherigen wirtschaftlichen Errungenschaften» der Arbeiter bestand überhaupt nicht, alle die imaginären Gefahren wurden nachträglich zur Beruhigung naiver Gemüter erfunden, und es hat sich überhaupt um nichts anderes gehandelt als *einer* «Gefahr» rechtzeitig zu begegnen, nämlich der, daß im Mai 1948 demokratische Wahlen stattfinden, die, aller Voraussicht nach, mit einer Niederlage der Kommunisten und einem Anwachsen der ihrem sozialistischen und demokratischen Programm wiedergegebenen Sozialdemokratie geendet hätten. Es hat sich um keinerlei kapitalistische Offensive, die abzuschlagen war, sondern um eine totalitäre Offensive der Kommunisten gehandelt, gegen die sich die Nichtkommunisten mit dem Mute der Verzweiflung zur Wehr setzen wollten. Als Zeichen des Protestes gegen die kommunistischen Versuche der Erstickung jeder Opposition hatte sich Jan Masaryk, nach Benesch der populärste Mann des Landes, der Sozialdemokratie angeschlossen und hätte als ihr Spitzenkandidat in Prag (statt des nicht mehr kandidierten

Fierlinger) große Wählermassen um die sozialdemokratische Flagge geschart. Die «Dritte Kraft» war eine Tatsache, auch wenn das Wort verpönt war. Es stimmt auch nicht, daß die Sozialdemokraten in der irreführenderweise «Gewerkschaft» genannten Organisation «in gutem Einvernehmen mit den Kommunisten» arbeiteten. Sie waren durch das Verhalten der Kommunisten gezwungen, ihre eigenen Betriebsorganisationen aufzubauen, von denen es am 1. Januar 1948 schon 2215 gab, um wenigstens so eine Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu sichern. Hätte es sich im Februar 1948 wirklich um einen Entscheid gehandelt, «auf dem einmal eingeschlagenen Weg zum Sozialismus» weiterzuschreiten, dann hätte ein positiver Entscheid niemals zur «Preisgabe von sozialdemokratischen Idealen und Grundsätzen» führen müssen. Es hat sich eben um ein Weiterschreiten auf einem ganz anderen Weg gehandelt, und keine Instanz der Sozialdemokratischen Partei hat jemals diesbezüglich einen freien «Entscheid» gefällt — außer einem ablehnenden.

Ist das überhaupt eine Gewerkschaft?

Wir haben schon gesagt, daß es auf gewerkschaftlichem Gebiet alles andere als eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gab. So sehr man die Vorkriegszersplitterung in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung beklagen mußte, so muß doch gesagt werden, daß sich damals die Arbeiterschaft viel eher als jetzt «ihrer sozialen Stärke entsprechend politisch oder gewerkschaftspolitisch» Geltung verschaffen konnte. Seit 1945 haben die Arbeiter der Tschechoslowakei statt Gewerkschaften eine Einheitsorganisation mit staatlich anerkanntem Monopolcharakter. Auch wenn die Mitgliedschaft auf dem Papier freiwillig ist (dem Schreiber dieser Zeilen hat man die Gewerkschaftsbeiträge vom Gehalt abgezogen, obwohl er niemals eine Anmeldung vollzogen hatte), kann man von einem wirksamen Koalitionsrecht der Arbeiter dort nicht sprechen, wo keinerlei Freiheit zur Bildung einer Gewerkschaft besteht. Die Einheitsorganisation war denn auch von allem Anfang an ein Instrument der kommunistischen Politik, eine Art Nebenregierung im Staate, solange die Kommunisten nicht ohnehin den ganzen Staatsapparat kontrollierten. Hat die Einheitsorganisation schon damals nur zu einem sehr beschränkten Ausmaß die übliche gewerkschaftliche Tätigkeit versehen, so ist sie jetzt nichts anderes als eine Organisation zur Erzielung einer höheren Arbeitsleistung bei bewußter Hintansetzung der arbeitsrechtlichen und sozialen Interessen ihrer Mitgliedschaft. Nun mag man einwenden, daß auch anderswo, zum Beispiel in Österreich und in England, die Gewerkschaften gegenwärtig im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage Lohnforderungen und dergleichen zurückstellen und auf ihre Mitglieder im Sinne einer Erhöhung der Produktivität der Arbeit einzuwirken versuchen. Ist also das tschechoslowakische Beispiel weniger verwerflich, als es uns ursprünglich vorgekommen ist? Natürlich hat sich in den letzten Jahrzehnten die Funktion der Gewerkschaftsbewegung überall stark gewandelt, natürlich ist sie fast überall heute zu einem Faktor herangewachsen, der nolens volens einen Teil der Verantwortung für das Schicksal ihres Landes und für dessen Wirtschaftspolitik übernehmen muß und sich nicht mehr mit der bloß negativen Rolle der Vorkämpferin für bestimmte, eng umrissene Forderungen begnügen kann. Trotzdem klafft hier ein gewaltiger Unterschied, den wir uns an Hand des tschechoslowakischen Beispiels bewußt machen können. In Österreich und England beruht die heutige Haltung der Gewerkschaften auf ihrer freien, auf demokratische Weise, wenn auch naturgemäß im Hinblick auf die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zustandegewonnenen Entscheidung. In der Tschechoslowakei fehlen alle Voraussetzungen für eine derartige demokratische Entscheidung, da die Funktionäre der Einheitsorganisation der Mitgliedschaft gegenüber nicht verantwortlich sind und von ihr auch nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Es ist also weniger die Tatsache der Vernachlässigung der unmittelbaren Arbeiterinteressen durch die tschechoslowakische Organisation als die undemokra-

tische Organisationsform, die uns die Frage verneinen läßt, ob es sich hier überhaupt um eine Gewerkschaft handelt. Hier haben wir zwischen Ursache und Wirkung zu unterscheiden: eine ihrer Mitgliedschaft verantwortliche Organisation könnte die Interessen der Mitgliedschaft nicht vollkommen denen des Regimes opfern. Wer *diese* Wirkung haben will, schafft sich eben *jene* Organisationsform. Sicher hat auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, und gerade in einer solchen, der Einzelne Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit. Es ist aber kein Sozialismus und auch kein Ansatz dazu, sondern höchstens eine Art aufgeklärter Absolutismus, wenn der Einzelne auf das Ausmaß der von ihm zu bringenden Opfer nicht den geringsten Einfluß hat.

Demokratisches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben?

Kaum eine andere Institution hat das gegenwärtige (und unmittelbar vorhergegangene) tschechoslowakische System so diskreditiert wie die Betriebsräte. Hier sieht man, wie der schönste Gedanke — der der Verankerung des betrieblichen Mitspracherechts der Arbeiter und Angestellten — in der Praxis so verfälscht werden kann, daß es selbst die Kommunisten heute für geboten halten, sich aus Popularitätshascherei öffentlich über sie lustig zu machen. Obwohl schon 1945 festgelegt worden ist, daß die Betriebsräte in die Führung der (ohnehin zumeist nationalisierten oder von der öffentlichen Hand verwalteten) Betriebe nicht störend eingreifen dürfen, haben die Kommunisten von allem Anfang an durch ihre Terrormethoden auch diese Institution immer mißbraucht, wenn sie in lokalem oder regionalem Maßstab etwas erpressen wollten. Die von Weber wiedergegebenen gesetzlichen Bestimmungen über die Betriebsräte — zum Teil entnommen einem aus dem Jahre 1921 stammenden Gesetz — sind nur die äußere Fassade, hinter der sich die Tatsache verbirgt, daß die Betriebsräte überhaupt kein Organ der Interessenvertretung der Arbeiterschaft darstellen. Weber sagt zwar, daß die Betriebsräte durch geheime Abstimmung von der Belegschaft gewählt werden, er verschweigt aber — sicherlich gutgläubig — den viel wichtigeren Umstand, daß diese Belegschaft (seit 1945) überhaupt keinen Einfluß auf die Auswahl der Kandidaten hat, daß die Kandidatenliste von der sogenannten «Gewerkschaftsgruppe» des Betriebes zusammengestellt wird, daß nur eine einzige Kandidatenliste erlaubt ist, und daß sich die «Wahl» darauf beschränkt, daß die Belegschaft zu dieser ihnen fertig vorgelegten Liste Ja (und theoretisch auch Nein) sagen kann. Abstimmungen auf Ja und Nein hat es im faschistischen Italien und in Hitler-Deutschland auch gegeben, nur ist es niemandem eingefallen, in diesem Zusammenhang von Demokratie zu sprechen.

Erfolgreiche Nationalisierung und Planung?

Nun sind wir bei der entscheidenden Frage angelangt: Haben sich die Nationalisierungsmaßnahmen der Nachkriegs-Tschechoslowakei bewährt, und ist es ihr gelungen, mit Erfolg eine Planwirtschaft aufzubauen? Wieder gibt H. K. Weber die amtlich verlautbarten Daten und Angaben korrekt wieder, und neuerlich müssen wir sagen, daß das bloß die Fassade ist, von der auf den Inhalt zu schließen trügerisch wäre. Auf dem Papier ist der sehr gesunde Gedanke in der Tschechoslowakei verwirklicht, den Arbeitern des Betriebes eine Vertretung in der Verwaltung des nationalisierten Betriebes zu geben. In Wirklichkeit war das schon vor dem Februar 1948 wieder nur eine Möglichkeit der un-demokratischen Stärkung des kommunistischen Einflusses weit über den dieser Partei numerisch zustehenden Anteil hinaus. Die Frage, ob sich die im Oktober 1945 hauptsächlich auf sozialdemokratische Initiative hin vollzogene Nationalisierung — diese Initiative entsprang der an sich richtigen Erwägung, daß eine energische Sozialisierung den Glauben der Arbeitermassen an die Lebenskraft des demokratischen Sozialismus stärken werde

— bewährt hat oder nicht, wird sich überhaupt nie selbständig beantworten lassen, das heißt ohne gleichzeitige Stellungnahme zu dem Regime, das sie durchgeführt hat und dem sie dienen sollte. Weber stellt richtig fest, daß im Februar 1948 «mehr aus politischen Gründen denn aus wirtschaftlicher Notwendigkeit» eine Ausweitung der ursprünglichen Nationalisierung eingeleitet wurde. Das gleiche kann man aber von den Nationalisierungsmaßnahmen des Jahres 1945 auch sagen. Das spricht an sich noch nicht gegen sie. Wenn man von gewissen ernstesten sachlichen Mängeln in den Nationalisierungsgesetzen der Jahre 1945 und 1948, die wir hier nicht erörtern wollen, und der dilettantischen Durchführung der Aktionen absieht, läßt sich von einem sozialistischen Standpunkt gegen die tschechoslowakische Nationalisierung als solche nichts einwenden. Um so mehr läßt sich aber gegen die tschechoslowakische Praxis einwenden. Es ist merkwürdig, daß Weber einen Umstand übersehen hat, der anderen weniger gründlichen ausländischen Besuchern sofort aufgefallen ist: daß die nationalisierten Betriebe und Betriebszweige sofort unter die damals «erlaubten» vier politischen Parteien aufgeteilt wurden. (Schon die Tatsache, daß vier politische Parteien erklären konnten, das Entstehen weiterer nicht zuzulassen, zeigt, auf welch tönernen Füßen die tschechoslowakische Demokratie zwischen 1945 und 1948 stand. Gibt es einmal ein Monopol für politische Betätigung, dann ist es schon nicht schwer, mißliebig werdenden Parteien den Monopolcharakter zu entziehen und so auf kaltem Wege den Einparteistaat aufzurichten — wie figura zeigt.) Wenn auch Lauschman als Industrieminister gegen dieses System protestierte, blieb ihm doch nichts anderes übrig, als die Posten in der nationalisierten Industrie nach dem Parteienschlüssel aufzuteilen, und es ist ein schwacher Trost, daß sich die Sozialdemokratie, die bis Februar 1948 das Industrieministerium innehatte, eine schlüsselmäßig günstige Position zu sichern verstand. Davon ist nicht viel übrig geblieben: heute kann man ohne kommunistische Parteilegitimation keinen großen und keinen kleinen Posten innehaben, fachliche Qualifikation spielt noch eine geringere Rolle als früher. Dabei muß ein solcher politischer Protektionismus nicht unbedingt und unter allen Umständen falsch sein. Die britischen Gewerkschaften verlangen mit Recht, daß in die Leitung nationalisierter Betriebe nur Personen berufen werden sollen, die an den Gedanken der Nationalisierung glauben. Darum handelt es sich aber in der Tschechoslowakei gar nicht: man muß dort in Wirklichkeit an gar nichts glauben, man muß nur beweisen, daß man einem von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnten Regime bedingungslos zu dienen bereit ist und jeden Parolenwechsel eifrig mitmacht. Es liegt auf der Hand, daß ein solches System nur die unsympathischsten Karrierejäger fördert und den großen und schönen Gedanken der Nationalisierung der Produktionsmittel heillos kompromittiert, nicht zuletzt in den Augen der Arbeiter. (Nur ein Beispiel. Der fachlich ausgezeichnet qualifizierte Präsident des Planungsamtes, ein Sozialdemokrat der Fierlinger-Richtung, wurde jüngst von einem Vorkriegsgeneraldirektor eines Betriebes verdrängt, dessen Beziehung zur Arbeiterbewegung im Februar 1948 mit seinem Beitritt zur Kommunistischen Partei begonnen hat.) Was in der Tschechoslowakei geschaffen wurde, ist bestenfalls Staatskapitalismus und kein Sozialismus.

Nichtsdestoweniger wird kein Sozialist so verbohrte sein, die Wiederherstellung des früheren Zustandes anzustreben. Trotzdem müssen wir aber aus der tschechoslowakischen Erfahrung die Lehre ziehen, daß die bloße Expropriation der Expropriateure, daß die Einhaltung der äußeren Formen der Nationalisierung vom Standpunkt der Arbeiterklasse kaum als Fortschritt zu werten ist, *wenn* sich nichts anderes ändert, als daß an die Stelle profitsüchtiger Privatkapitalisten fachlich unfähige und darum despotisch auftretende politische Karrieristen treten, wenn — um mit Heine zu sprechen — «Willkür wechselt nur die Hände». Der sich politisch tarnenden Mißwirtschaft, Korruption und Unfähigkeit könnte ein rasches Ende bereitet werden, gäbe es im Lande eine legale Tribüne, von der herab offen kritisiert werden könnte. Es kann sie nicht geben, weil das Regime sofort zusammenbräche; totalitäre Systeme pflegen nicht politischen Selbstmord

zu begehen. Aber ohne diese legale Tribüne gibt es auch keinen Sozialismus, ohne sie kompromittiert das, was sich als Sozialismus ausgibt, nur die sozialistische Idee.

Nicht viel anders ist es auch mit dem Zweijahresplan, der jetzt von einem viel ambitiöseren Fünfjahresplan ohne die entsprechende Vorbereitung abgelöst wird. Eine Fußnote der Redaktion zu Webers Artikel hat bereits auf die zunehmenden Schwierigkeiten hingewiesen, auf die die tschechoslowakische Wirtschaftslenkung neuerdings stößt*. Inzwischen mußten die Kommunisten selbst zugeben, daß das Hauptziel des Zweijahresplans, die Erhöhung des Lebensniveaus, nicht erreicht werden konnte. Ministerpräsident Zapotocky führte das Mißlingen aus naheliegenden Gründen auf die Mißernte des Jahres 1947 und auf «kapitalistische und reaktionäre Sabotage» zurück. Er tröstete sich damit, daß das fast völlige Fiasko des Plans in der Landwirtschaft, im Bauwesen und in der Lebensmittelindustrie durch den vollen Erfolg des Planes in den übrigen Industriezweigen wettgemacht würde. Es gibt keine Möglichkeit der objektiven Überprüfung der Zahlenangaben, mit denen die Öffentlichkeit überschüttet wird, aber selbst aus amtlichen Angaben ergibt sich z. B., daß nur im westböhmisches Braunkohlenrevier Falkenau, in dem noch immer die Hälfte der Arbeiter deutscher Nationalität ist, das Planziel des Sektors Bergbau erreicht wurde, während im wichtigsten Steinkohlenrevier (Mährisch-Ostrau) die Förderung nicht, wie verlangt, 110 Prozent des Ausmaßes von 1937, sondern nicht einmal 75 Prozent erreichte. Kein halbwegs Eingeweihter kann die bombastischen Angaben über Höchstleistungen in der Industrie glauben, auch wenn Zapotocky nicht zu weitgehenden Geständnissen gezwungen gewesen wäre:

«Warum haben Dutzende von Fabriken den Plan nicht erfüllt? ... Viele haben kaum 20 Prozent dessen erreicht, was sie produzieren sollten ... Es wäre unvernünftig, sich zu verheimlichen, daß das Ansteigen der Produktivität sich in der letzten Zeit verlangsamt hat und sogar zum Stillstand gekommen ist ... Das ist eine Gefahr. Wenn das nicht geändert wird, werden wir nicht in der Lage sein, das Lebensniveau zu erhöhen oder es auch nur auf der gegenwärtigen Höhe zu halten ... Die Aufforderung, statt fünf Tage wöchentlich sechs Tage zu arbeiten, wurde oft nicht gut aufgenommen und manchmal kritisiert...»

Der gleiche Redner hatte einige Monate vorher behauptet, die Arbeiter hätten die Abschaffung der Fünftagewoche verlangt ... Am schärfsten kritisieren die Kommunisten aber den wachsenden Absentismus unter den Arbeitern. Im Parlament wurde kürzlich zugegeben, daß täglich etwa 180 000 Arbeiter von der Arbeit abwesend sind; die Zahl der manuellen Arbeiter ist ungefähr zehnmal so groß. Im ersten Halbjahr 1947 gingen 87 Millionen Arbeitsstunden durch unentschuldigte Abwesenheit von der Arbeit verloren, im ersten Halbjahr 1948 94 Millionen. Dieser Verlust entspricht einem Ausmaß von 7 Prozent der abgeleisteten Arbeitszeit. Es mehren sich die Klagen über wachsendes Simulantentum unter der Arbeiterschaft. Im Ostrauer Kohlenrevier war im Oktober ein Absentismus in der Höhe von 17 Prozent zu verzeichnen.

Wir registrieren diese Zahlen ohne jedes Gefühl von Schadenfreude, da sie auch Gegnern der kommunistischen Methoden Stoff zu ernstem Nachdenken geben. Wie immer wir diese beurteilen, wir hätten gedacht, daß unbeschadet der Einstellung demokratischer Sozialisten zu den Fragen der politischen Freiheit ein Regime, das, wie es sich rühmt, die kapitalistische Ausbeutung abgeschafft hat, der Unterstützung der Arbeiter zumindest im Bereich der Produktion sicher sein mußte. Niemand kann sich vermessens, den mangelnden Enthusiasmus der tschechoslowakischen Arbeiter (und der

* Inzwischen ist, laut einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2433 vom 19. November 1948), eine erhebliche Besserung der tschechoslowakischen Handelsbilanz eingetreten. — Red.

ungarischen, polnischen usw.) völlig eindeutig zu erklären. In solchen Fällen pflegen viele Gründe zusammenzuwirken und das (negative) Resultat zu schaffen. Wir glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir als einen der Hauptgründe der — gelinde gesagt — apathischen Einstellung der Arbeiterschaft die Tatsache anführen, daß sie sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen fühlt. Die Arbeiter sehen nicht nur, daß Rußland die gesamte Konsum- und einen großen Teil der Kapitalgüterproduktion verschlingt, sie sehen nicht nur die leeren Geschäftsläden, sie spüren auch, daß eine «russische Orientierung» der Wirtschaft bei gleichzeitiger Abschnürung des Landes vom Westen, die sich am deutlichsten in der von Moskau erzwungenen Ablehnung der Marshall-Hilfe äußerte, nur zu einer dauernden Herabsetzung des heute schon erschreckend tiefen Lebensstandards führen kann. Vor zwei Jahren sind die Österreicher in die Tschechoslowakei gefahren, um einmal gut und ausgiebig zu essen; heute fahren die Tschechoslowaken, soweit ihnen das noch möglich ist, mit der gleichen Absicht nach Österreich. Sicher würden die tschechischen Arbeiter vorübergehende Einschränkungen in Kauf nehmen, wenn sie wüßten, daß das den Weg aufwärts ermöglicht. Aber sie reagieren im besten Fall mit Apathie auf die radikalsten Reformen, die neben dem Verlust aller bürgerlichen Freiheiten die Voraussetzungen für einen höheren Lebensstandard verschütten. Die Lehre, welche die Sozialisten daraus zu ziehen haben, lautet also, daß Vollbeschäftigung, Planung, Nationalisierung sich nur dann als sozialistische Maßnahmen erweisen, wenn die ganze soziale und ökonomische Orientierung des Staates auf eine in absehbarer Zeit fühlbare Verbesserung des Lebensniveaus der arbeitenden Schichten hinwirkt.

In diesem Sinne ist uns die Entwicklung in der Tschechoslowakei eine ernste Warnung. Sie mahnt uns nicht in letzter Linie, daß wir sozialistische Ziele nicht verwirklichen vermögen, wenn wir nicht rechtzeitig daran gehen, einen Kader fachlich geschulter, den verwickelten Aufgaben, die die moderne Wirtschaft stellt, gewachsener und zugleich der Gedankenwelt des Sozialismus innerlich verbundener Menschen heranzuziehen. Die Tschechoslowakei ist uns eine Mahnung und eine Bestätigung zugleich, eine Bestätigung der Grundauffassungen des demokratischen Sozialismus, die uns sagen, daß es keine wahre Freiheit geben kann ohne soziale Gerechtigkeit, aber auch keine wahre soziale Gerechtigkeit ohne Freiheit.

Hinweise auf neue Bücher

Schweizer Lexikon in sieben Bänden. Siebter Band (Straße – ZZ), 1696 Spalten. Encyclos-Verlag AG, Zürich 1948.

In stattlicher Reihe stehen sie nun da, die sieben Bände des Schweizer Lexikons, mit deren Herausgabe 1945 begonnen worden ist. Das ganze Werk — nehmt alles nur in allem — ist eine Leistung, die Respekt gebietet.

Den Lesern unserer Zeitschrift haben wir jeden einzelnen Band kurz nach Erscheinen angezeigt (vgl. «Rote Revue», Jahrgang 1946: S. 139, 373; Jahrgang 1947: S. 39, 378; Jahrgang 1948: S. 69, 274). Nun gibt auch der siebte, letzte Band zu kritischen Bemerkungen Anlaß. Wir wünschen, daß man sie nicht als Nörgelei und Schikane empfinde. Um die Verantwortung für die Exaktheit eines Lexikons beneiden wir niemanden, und wir haben Achtung vor jenen, die den Mut gehabt haben, sich dieser schweren und heiklen Responsabilität zu unterziehen.

Es scheint, daß die Redaktoren des Lexikons bei der Bearbeitung dieses Schlußbandes, um den zur Verfügung stehenden Raum ja nicht zu überschreiten, an manchen Manuskripten stärkere Kürzungen vorgenommen haben als in früheren Bänden, so daß da und dort bedauerliche Disproportionen entstanden sind. Sehen die ersten Bände, im Vergleich zum letzten, nicht etwas weniger «komprimiert» aus? Der Artikel «Architekt» (Bd. I) umfaßt 106 Zeilen, der Artikel «Unternehmer» (Bd. VII) dagegen nur 20. Dem